



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-
Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 20 Pfennig, Landes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Belastungsregister.

Inhalt: Mitteilungen des Verbands-Vorstandes. — Opferfreudigkeit und Disziplin. — Mehr gewerkschaftliche Schulung! Mehr Klassenbewußtsein! — Feuilleton: Streit und Solidarität. (L.) — Korrespondenzen (Brieg, Darmstadt, Gronau, Halle a. S., Mühlberg-Kirch, Osnabrück-Melle, Stuttgart). — Adressenveränderungen. — Anzeigen.

Beilage: Der diesjährige Frauentag. — Der Kampf um die Rente. — Rundschau. — Eingegangene Druckschriften.

Für die Woche vom 31. März bis 6. April 1912 ist die Beitragsmarke in das mit 14 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Mitteilungen des Verbands-Vorstandes.

Der Verbandsvorstand hat am 28. Februar d. J. den Kollegen A. Morik seines Amtes als Gauleiter und Ortsvorsitzenden der Zahlstelle Berlin entzogen. Die Gründe, welche zu dieser Maßnahme Veranlassung gegeben haben, sind in der in Nr. 12 der „Solidarität“ veröffentlichten Erklärung angegeben. Der Verbandsvorstand hat, um den Bestimmungen des mit Morik vereinbarten Anstellungsvertrages (Abs. 8) voll und ganz zu entsprechen, an den von der Ortsverwaltung Berlin nachgesuchten Einigungsverhandlungen vor dem Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission teilgenommen und dann die Angelegenheit einem Schiedsgericht zur endgültigen Erledigung überwiesen. Diesem Schiedsgericht, dessen Spruch sich, laut Anstellungsvertrag, beide Parteien bedingungslos zu fügen haben, hat sich Morik nicht gestellt! Damit sind die aus dem Anstellungsvertrag hervorgehenden Rechtsmittel erschöpft und die Amtsenthebung des Kollegen Morik besteht nunmehr zu Recht.

Der Verbandsvorstand erklärt daher sämtliche Amtshandlungen des Kollegen Morik, die er in seiner Eigenschaft als Gauleiter und Vorsitzender vom 28. Februar d. J. ab ausgeführt hat, für ungültig und unwirksam.

Die feinerzeit ausgesprochene Kündigung der vier weiteren angestellten Kollegen und Kolleginnen hat der Verbandsvorstand nach einer persönlichen Verständigung zurückgenommen.

Berlin, den 26. März 1912.

Der Verbandsvorstand.

J. A.: Paula Thiede, Vorsitzende.

Opferfreudigkeit und Disziplin.

Die bedeutenden Erfolge der modernen Arbeiterbewegung, die alle Arbeiterfeinde erzittern lassen, beruhen zum großen Teil auf einer beispiellosen Opferfreudigkeit und Disziplin. Alle Fortschritte der Organisationen, alle Errungenschaften und jede Hebung der unsozialen Lage der Arbeiterschaft sind nur möglich geworden durch die Un-

erschütterlichkeit der proletarischen Opferfreudigkeit und Disziplin. Wo diese Voraussetzungen verjagen oder wo sie nur in ungenügender Maße vorhanden sind, da stellen sich der gewerkschaftlichen Entwicklung und der Hebung der unsozialen Lage der Arbeiterschaft auch sogleich unüberwindliche Schwierigkeiten entgegen. Denn dem unerfütterlichen und erbarmungslosen Unternehmertum können nur dann Zugeständnisse abgerungen werden, wenn die Arbeiterschaft es weder an Opferfreudigkeit, noch an der unerlässlich notwendigen Disziplin und Einigkeit fehlen läßt. Und auch die sozialpolitischen Zugeständnisse hat die kapitalistische Gesellschaft nicht freiwillig und aus humanitären Gründen gemacht, sondern sie sah sich durch die auf Opferfreudigkeit und Einigkeit beruhenden Fortschritte der Arbeiterbewegung dazu gezwungen. Sollen die bisherigen Erfolge weitergeführt und die Fortschritte der Arbeiterorganisationen gesichert werden, dann kann für die organisierte Arbeiterschaft nur maßgebend sein, größere Opfer zu bringen und die Sonderinteressen denen der Gesamtheit in noch stärkerem Maße unterzuordnen. Opferfreudigkeit und Disziplin sind nicht nur hochzuhalten, sondern weiterzuführen und zu steigern, wenn es ein Vorwärtsschreiten der Organisationen und Erfolge geben soll. Dann erst hat es Sinn und Zweck, beharrlich auf allen Forderungen zu bestehen und ihre Erfüllung mit Zähigkeit immer wieder vom profitgierigen Unternehmertum und von der kapitalistischen Gesellschaft zu fordern.

Nicht ohne Grund ist das Unternehmertum bemüht, Opferfreudigkeit und Disziplin der Arbeiterschaft zu erschüttern. Längst haben sie erkannt, daß sie alle organisierten Arbeiter gegen sich haben, selbst wenn sie im Augenblick nur die Arbeiterschaft einzelner Erwerbszweige und Industrien niederzuringen beabsichtigen. Denn droht der Arbeiterschaft einzelner Industrien ernste Gefahr, dann steht das organisierte Proletariat auf wie ein Mann, um die Bedrohten zu stützen und zu schützen. Dadurch wird natürlich auch das Unternehmertum angespornt, in dem Bemühen, die Einheit der Arbeiterorganisationen zu erschüttern, fortzufahren. Oder aber es geht dazu über, die Elemente des Erfolges in ihre eigenen Reihen zu tragen. Sie gehen mit wachsendem Eifer daran, ihre Organisationen auszubauen, Opferfreudigkeit und Disziplin in immer wachsendem Maße von den Unternehmern zu fordern, um so ein wirksames Gegengewicht gegen die Organisationen der Arbeiter zu schaffen. Zweifellos wird dadurch der Kampf der Gewerkschaften sehr erschwert. Denn die Unternehmer haben wirkliche Machtmittel zur Verfügung, die eigene Disziplin energisch aufrecht zu erhalten, während die Gewerkschaften sich ganz auf den gewerkschaftlichen Geist ihrer Mitglieder verlassen müssen. Es ist natürlich, daß die freiwillige Opferfreudigkeit und Disziplin der organisierten Arbeiter sich weit mehr bewährt und auch erfolgreicher in die Erscheinung tritt, als es bei den Unternehmern der Fall ist, die ihre Mitglieder durch hohe Konditionalstrafen

binden und die nur an den Eigennutz appellieren können. Um so schwerer fällt aber auch ein etwaiger Mangel an Opferfreudigkeit oder gar ein Disziplinbruch auf Seiten der Arbeiterschaft ins Gewicht. Jeder Mangel an Opferfreudigkeit und jeder Verstoß gegen die Disziplin bedeutet nicht nur Schwächung der Arbeiterinteressen und zeugt nicht nur von einem schweren Mangel an gewerkschaftlichem Geist, sondern in noch höherem Grade bedeutet das: Stärkung der Position des Unternehmertums. Ja, es bedeutet direkte Unterstützung der eifrigen Bemühungen der Unternehmer, die Stokkraft der Gewerkschaften zu schwächen und ihre Erfolge in Frage zu stellen. So erfreulich es ist, daß nur selten über einen fühlbaren Mangel an Opferfreudigkeit und gewerkschaftlichem Sinn der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Klage zu führen ist, so erfreulich es ist, daß auch Disziplinbrüche zu den Seltenheiten gehören, so unbedingt notwendig ist es aber im Interesse der Gesamtheit, solchen Gefahren energisch zu begegnen und da, wo sie dennoch aufgetreten sind, die üblen Folgen durch energische gewerkschaftliche Aufklärung und Arbeit fernzuhalten. Auf keinen Fall dürfen die Unternehmer die lachenden Dritten sein, die allein den Gewinn davon tragen würden, wenn in dieser Hinsicht auf Seiten der Arbeiterschaft geseht wird. Sind aber einmal Verfehlung und Verstoß gegen die Einheit und gegen die Interessen der organisierten Arbeiterschaft vorgekommen, dann soll es aber auch die erste und oberste Pflicht gerade der Beteiligten sein, das Böse zum Guten zu kehren; durch intensive Tätigkeit die Verfehlungen nicht nur weit zu machen, sondern durch gewerkschaftliche Gewinne und Fortschritte zu überbieten. Anders kann und darf es nicht sein.

Angehts die emsigen Bemühungen der Unternehmer und Arbeiterfeinde ist es mehr denn je Pflicht, die Geschlossenheit und Kampflichkeit der eigenen Reihen nicht nur hochzuhalten, sondern mit allen Kräften unbeirrt zu fördern. In dem Augenblick, da die Unternehmer sich enger und fester zusammenschließen, da die Unternehmer verschiedener Industrien sich gegenwärtig vertraglich und ehrenwörtlich verpflichten, den von ihnen beschäftigten Arbeitern weder in der Lohnfrage noch in der Frage der Arbeitszeit Zugeständnisse zu machen, ist die beispielloseste Opferfreudigkeit und eiserne Disziplin der organisierten Arbeiterschaft mehr denn je erforderlich. Das gilt um so mehr, als sich die von den organisierten Unternehmern untereinander getroffenen Vereinbarungen nicht nur auf solche Fragen beziehen, die Gegenstand des gewerkschaftlichen Kampfes, sondern auch der Sozialpolitik sind. Es dürfen nicht nur keine Opfer gescheut werden, um die errungenen Zugeständnisse zu erhalten, sondern es dürfen auch keine Opfer gescheut werden, die durch eine bürgerliche Bertenerungspolitik in Frage gestellten Errungenschaften zu fördern und zu vermehren. Vor allen Dingen müssen die organisierten Arbeiter diszipliniert genug sein, ihr Hauptaugenmerk auch auf die Gewinnung neuer Mitglieder zu richten, denn damit beweisen sie

ihren gewerkschaftlichen Sinn und erleichtern die Erfüllung ihrer Forderungen. Bei allen Arbeitskämpfen sind es vornehmlich die unorganisierten Arbeiterinnen und Arbeiter, die den gewerkschaftlichen Kampf außerordentlich erschweren, während sie es den Unternehmern leichter machen, auf ihrem ablehnenden und unsozialen Herrenstandpunkt zu verharrern. Mit jedem neuen Mitgliederzuschuß verschiebt sich das Verhältnis zugunsten der organisierten Arbeiter. Dann kann es nicht so bald geschehen, daß die im Kampf stehenden Arbeiter den Mut verlieren. Dann nützt es den Unternehmern auch nichts, sich vertraglich verpflichtet zu haben, keinerlei Zugeständnisse zu machen, und alsbald gehen sie hin und entbinden sich von der unmoralischen und unsozialen Verpflichtung.

Es darf aber auch nicht an der nötigen Opferfreudigkeit den kämpfenden Arbeitern anderer Erwerbszweige gegenüber mangeln. Der Erfolg eines solchen Kampfes kann leicht in Frage gestellt werden; er wird aber gesichert, wenn es nicht an der Opferfreudigkeit fehlt. Neuer Mut wird den kämpfenden Arbeitern durch die rasche und reichliche Hilfe ihrer organisierten Klassen-genossen eingefloßt, der sie an die Solidarität der vom Kampf unberührt gebliebenen Arbeiter gebunden läßt, wenn diese selbst einmal der Hilfe bedürfen.

Die organisierte Arbeiterschaft kann sich glücklich preisen, daß ein stark ausgeprägtes Solidaritätsgefühl die Garantie der Opferfreudigkeit und Disziplin bietet, daß ein starker gewerkschaftlicher Geist Verstöße gegen die Grundbedingungen für eine gedeihliche Entwicklung der Gewerkschaften und für eine beharrliche Verfolgung der Arbeiterforderungen fast gänzlich ausschließt. Selbst die grimmigsten Gegner der Arbeiterschaft müssen anerkennen, daß unter der organisierten Arbeiterschaft eine beispiellose Opferwilligkeit und Disziplin herrscht. Und daran darf nichts geändert werden.

Mehr gewerkschaftliche Schulung! Mehr Klassenbewußtsein!

Auf seine Freiheit leistet mancher für fünf Taktaten schon Verzicht;
Ein and'rer tut's für hunderttausend,
ein dritter auch für diese nicht.

Dieser indische Spruch, der auch in der Gewerkschaftsbewegung nicht — leider — seine Verwirklichung findet, sagt etwa in Indien, sondern in dem Land der „Dichter und Denker“, in

Streit und Solidarität.

II.

Ein hohes Lied der Solidarität ist das Buch Krapotkins. Der russische Naturforscher zitiert nochmals Huxley, der die primitiven Menschen als eine Art Tiger oder Löwe dargestellt habe, „die aller ethischen Vorstellungen bar seien“. Demgegenüber wird auf den „Fortschritt“ unserer kapitalistischen „Kultur“ hingewiesen: „Während es in einem wilden Land, bei den Spottentotten, eine Schande wäre, zu essen, ohne dreimal laut gerufen zu haben, ob nicht jemand da sei, der das Mahl zu teilen wünsche, besteht jetzt alles, was der achtbare Bürger zu tun hat, darin, seine Armensteuer zu zahlen und den Verhungern den verhungern zu lassen“. In solchen Sätzen gegen den die solidarische Hilfsleistung erlösenden Staat erkennt man noch den „Anarchisten“ Krapotkin. Scharf wendet sich Krapotkin gegen die Nationalökonomien, die „in ihrer naiven Ignoranz allen Fortschritt der modernen Industrie und des modernen Maschinenwesens“ den hervorragenden einzelnen Helden als Verdienst zuschreiben.

Kindesstötung und Greisenaussetzung bei den Wilden werden mit der bitteren Not erklärt, und es wird gesagt, mit der Entwicklung einer hohen Stammesmoral seien solche Taten sehr wohl zu vereinbaren. Den westeuropäischen Gelehrten, die das „nicht verstehen“ können, entgegnet Krapotkin:

„Aber wenn diese selben Europäer einem Wilden sagen wollten, es gäbe Leute, die äußerst lebenswürdig seien und ihre Kinder liebten und

Deutschland, läßt wieder einmal an Lebenswahrheit nichts zu wünschen übrig. Allerdings wollen wir eingestehen, daß man Deutschland in gewisser Beziehung bitter Unrecht tut, wollte man es als das kulturell hochstehende Land ansprechen. Denn schon Bude, der berühmte englische Kulturhistoriker, hat sich in seinem unsterblichen Werk über die Zivilisation folgendermaßen über das „Volk der Denker“ ausgesprochen: „Es gibt keine Nation in Europa, bei der wir einen so großen Abstand zwischen den höchsten und den niedersten Geistern finden. Die Volksmassen sind abergläubischer, in Wirklichkeit unwissender und unfähiger, sich selber zu leiten, als die Einwohner von Frankreich oder England. Die großen deutschen Schriftsteller sprechen nicht zu der Nation, sondern zu einander. Ihre Sprache ist den unteren Klassen vollkommen unverständlich.“ D diesem Mangel an Bildung, wofür unser reformbedürftiges Schulwesen verantwortlich zu machen ist, wurde durch die Entwicklung und durch die Erstarbung der Arbeiterbewegung einigermaßen entgegengewirkt. Bildung ist für den modernen Arbeiter Lebensbedürfnis geworden.

Aber immerhin muß man sagen, daß noch nicht genug geschieht. Dem Arbeiter muß die Kenntnis über die wirtschaftlichen Zusammenhänge beigebracht werden. Es muß ihm gesagt werden, daß der Unternehmer ihm nur den Lohn zahlt, der zur Verrichtung der Lebensbedürfnisse nötig ist. Die Bedürfnislosigkeit des Arbeiters muß dem Schlemmerleben der Kapitalistenklasse gegenübergestellt werden. Und da sagt mit Recht schon Lassalle: Die verdamnte Bedürfnislosigkeit ist Schuld an unserem sozialen Elend. Kurz und gut, dem Arbeiter oder der Arbeiterin muß mit einer nicht zu wünschenden übrig lassenden Deutlichkeit der scharfe Gegensatz zwischen Lohnarbeiter und Unternehmer gezeigt und ihm klar gemacht werden, daß die Befreiung von dem Joch der Unterdrückung und Ausbeutung nur das Werk der Arbeiter selbst sein kann. Der Arbeiter — hauptsächlich aber in unserem Beruf die Anlegerinnen, Ausfängerinnen usw. — ist heute der Sklave seiner Maschine.

Und Aristoteles hat das in seiner „Ethik“ so herrlich ausgedrückt, indem er sagte: „Der Sklave ist ein besetztes Werkzeug, das Werkzeug ist ein unbeseelter Sklave.“ Auch der englische Literaturhistoriker Disraeli spricht das so drastisch aus mit folgenden Worten: „Den Armen speist man mit Mitleid ab — dem Reichen aber gewährt man Entschädigung!“ Das muß der Arbeiter in die Stirn gehämmert werden, sie

die so sensibel seien, daß sie weinten, wenn sie im Theater ein Unglück gespielt sähen, und diese selben Leute lebten in Europa nicht weiter als einen Büchschenschuß entfernt von Höhlen, in denen Kinder aus bloßem Mangel an Nahrung zugrunde gehen — dann würde der Wilde sie auch nicht verstehen. . . . Aber wenn unser Gelehrter inmitten eines halbverhungerten Stammes gelebt hätte, der insgesamt für die nächsten Tage nicht einmal die Nahrung eines einzigen Menschen besitzt, dann verstünde er wahrscheinlich ihre Motive.“

In den Städten waren es die „Verschwörungen“, „Brüderschaften“ und „Freundschaften“, die „in einer gemeinsamen Idee verbunden waren und sich läßt einen neuen Leben gegenständlichen Bestandes und der Freiheit zuwandten“. „Und es gelang ihnen so gut, daß sie in drei- oder vierhundert Jahren das Aussehen Europas völlig umgewandelt hatten. Sie hatten das Land mit schönen, prächtigen Gebäuden erfüllt, die dem Geiste freier Vereinigungen, freier Männer Ausdruck gaben, und denen in ihrer Schönheit und Ausdrucksfülle seitdem nichts gleichgekommen ist; und sie hinterließen den folgenden Generationen all die Künste, all die Industrien, im Gefolge deren unsere heutige Zivilisation, mit all ihren Verbesserungen und Verbesserungen, für die Zukunft nur eine Weiterentwicklung ist. Und wenn wir uns jetzt nach den Kräften umsehen, die zu diesen großen Ergebnissen geführt haben, dann finden wir sie — nicht im Geiste individueller Helden, nicht in der mächtigen Organisation riesiger Staaten oder der politischen Fähigkeiten ihrer Regenten, sondern

muß sich klar darüber sein, daß zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Unternehmer und Lohnarbeiter eine unüberbrückbare Kluft besteht. Da, wo diese Erkenntnis aufdämmert, wird auch das Klassenbewußtsein geweckt, die Selbstachtung gehoben.

Dieses vorauszuweichen war nötig, um das nachfolgend Geschilderte in seiner ganzen Erbärmlichkeit würdigen zu können. Nach einem fünfzehnjährigen Kampf der Steinbrücker, der jetzt seinen Abschluß gefunden hat, zogen es in Heilbronn, das der Ort der Handlung ist, eine Anzahl organisierter Steinbrücker und Lithographen vor, dem Verbands den Rücken zu kehren und dem Loos der Unternehmer zu folgen. Man denke, 15 Wochen mit seinen Arbeitskollegen Schulter an Schulter gefämpft für eine Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse, 15 Wochen lang hat man den Verband gekannt als unterstützungsstrebende „Wärmequelle“. Und dann ergreift man die Fahnenstucht, geht über zum wirtschaftlichen Gegner, mit dem man vorher einen erbitterten Kampf geführt hat. Welchen Mangel an Bildung, Laiz und moralischem Verantwortlichkeitsgefühl verrät doch diese Handlung. Sie können es beantworten, daß in Heilbronn die Zahl der „Gelden“ derjenigen der Organisierten die Wage hält. Und warum das? Weil ihnen wöchentlich zwei bis drei Mark und ein — Kontrakt winkten. Dieser Judaslohn! Dabei liegt in einem Betrieb, wo mir die Verhältnisse bekannt sind, die Sache so: Vier Steinbrücker erhielten eine wöchentliche „Aufbesserung“ unter der Bedingung, wenn sie dem Verbands den Rücken kehren, von drei Mark. Diese vier müssen jetzt eine Maschine mit bedienen, an der früher ein Kollege stand mit 27 M. Es macht also der Inhaber auf diese Weise noch ein ganz nettes Geschäft mit diesen „nützlichen Elementen“.

Eine solche Kurzsichtigkeit ist kaum zu begreifen. Werden einmal die hiesigen Unternehmer ihr Ziel erreicht haben, daß sie eine Anzahl solcher kurzsichtiger Arbeiter noch dem Verband entziehen haben, so wird die Willkürherrschaft beginnen. Man wird diese Elemente dann mit der den Unternehmern eigenen „Lebenswürdigkeit“ behandeln. Sei dem wie ihm wolle, von der organisierten Arbeiterschaft haben sie nichts zu erwarten als eine tiefe Verachtung. Sie mögen sich dann an die Brust schlagen und ausrufen: mea culpa, mea maxima culpa, meine Schuld, meine größte Schuld ist es.

Diesen Fall einer anderen Organisation hätte ich gar nicht berührt, weil es nichts Un-

in eben der Strömung gegenseitiger Hilfeleistung, die wir in der Dorfmark am Werk sahen und die im Mittelalter durch eine neue Form der Vereinigung belebt und neu gestärkt wurde, die aber nach neuem Muster gebildet war — die Gilben.“

„Handlungen, bei denen die Menschen durch ihre Neigungen zur Gegenseitigkeit bestimmt werden, bilden einen so großen Teil unseres täglichen Verkehrs, daß in dem Augenblick, wo diese Handlungen gehemmt werden könnten, damit auch jeder weitere ethische Fortschritt gehemmt wäre. Die menschliche Gesellschaft könnte noch nicht einmal für die Dauer einer einzigen Generation bestehen bleiben.“

„Millionen von Menschen werden recht eigentlich die Quellen des Lebens verschüttet, wenn sie der Großstadtmutter verfallen; das Verständnis und das Gefühl der Massen sind durch Lehren verderbt worden, die im Interesse der Wenigen ausgebildet sind. . . . Aber der Kern der Einrichtungen, Sitten und Gebräuche zu gegenseitiger Hilfe bleibt in den Massen lebendig; er hält sie zusammen, und sie klammern sich lieber an ihre Brände, ihren Glauben und ihre Ueberlieferungen, als daß sie die Lehren von einem Kriege aller gegen alle annehmen, die ihnen unter dem Namen der Wissenschaft angeboten werden, die aber durchaus keine Wissenschaft sind.“

Damit kommt Krapotkin auf die moderne Arbeiterbewegung zu sprechen, die er mit warmen, begeisterten Worten schildert: „Jeder erfahrene Politiker weiß, daß alle großen politischen Bewegungen um große und oft entfernte Ziele gingen, und daß die unter ihnen die stärksten waren, die die uneigennützigste Begeisterung her-

angenehmeres gibt, als sich in häusliche Angelegenheiten anderer hineinmischen. Aber hier darf nicht geschwiegen werden. Einmal deshalb nicht, weil wir solchen Vorgängen, wo sie auch vorkommen mögen, stark entgegenzutreten müssen, weil sie für uns ein agitatorisches Hindernis sind. Und auch zu dem Zweck, weil es gar nichts schaden kann, wenn bei solchen Fällen auch öffentlich gefagt wird, was man darüber denkt, den einen zur Warnung, den andern zur Nutzanwendung.

War es bisher schon schwer, im Steindruck dauernde Erfolge zu erzielen, so wird dies für die Folge noch viel schwieriger sein. Und gerade diese Elemente haben uns immer die größten Schwierigkeiten bereitet. Natürlich heißt das für uns nicht Mutlosigkeit. Für uns bedeutet dieser Vorgang nur ein neues Agitationsstadium: Mehr gewerkschaftliche Schulung, mehr Solidarität. Das Hilfspersonal empfindet mit den organisierten Steinbruderkollegen diesen Vorgang als einen tief bedauerlichen und beschämenden. Es wird aber daraus seine Lehre ziehen und zu handeln wissen.

Die Gewerkschaften sollen Kämpfer erziehen, die nicht um des Augenblickserfolges willen ihre persönliche Freiheit, ihre Ehre und ihre Selbstachtung an das Unternehmertum um ein Linsen-gericht verkaufen und auf Jahre hinaus ihre Arbeitsbrüder schädigen. Eine prinzipielle scharfe und klare Erkenntnis von dem Klassenkampf des Proletariats ist auch in den Gewerkschaften nötig. Und sehr richtig sagt Parvus: Das Dasein des Arbeiters ist noch immer das Dasein eines Sklaven. Sein Leben gehört nicht ihm, nicht der Familie, nicht der Gesellschaft, sondern einem Herrn, dem Kapitalisten, dem er alles, was er zum Leben braucht, seinen Arbeitslohn, seine freie Zeit, seine Nachtruhe, den Schutz seiner Gesundheit und den Schutz seines Lebens und selbst den Anspruch auf ein kulturelles Dasein erst im harten Kampfe abtrotzen und abringen muß. Das ist der Klassenkampf des Proletariats — der Kampf der Lohnarbeiter um eine menschliche Existenz, um ihren Anteil an der Kultur, um ihre Stellung in der Gesellschaft.

Heilbronn. Wilhelm Schwan.

Korrespondenzen

Brieg. Die am 2. März stattgefundene Versammlung hatte sich keines guten Besuches zu erfreuen und es wurde vom Vorsitzenden darauf hingewiesen, daß es die Pflicht eines jeden Mitgliedes ist, die in jedem Monat einmal statt-

vorriefen. Alle großen historischen Bewegungen haben diesen Charakter gehabt und für unsere eigene Generation ist der Sozialismus in diesem Fall „Bezähnte Agitation“, das ist ohne Zweifel der Lieblingsrefrain derer, die nichts von ihm wissen. Die Wahrheit aber ist, daß — um nur von dem zu sprechen, was ich aus persönlicher Kenntnis weiß — wenn ich in den letzten vierundzwanzig Jahren ein Tagebuch geführt und darin all die Hingebung und Aufopferung gebüht hätte, die ich in der sozialistischen Bewegung erlebt habe, der Leser eines solchen Tagebuchs das Wort „Herosismus“ fortwährend auf den Lippen hätte. Aber die Männer, von denen ich gesprochen hätte, waren keine Helden; es waren Durchschnittsmenschen, die von einer großen Idee entflammt waren. Jede sozialistische Zeitung — und es gibt hunderte in Europa allein — hat dieselbe Geschichte von jahrelanger Aufopferung ohne Hoffnung auf Entschädigung, und in der überwältigenden Mehrheit der Fälle sogar ohne persönlichen Erfolg. Ich habe Familien gesehen, die nicht wußten, wovon sie morgen leben sollten, der Mann in der ganzen kleinen Stadt wegen seiner Mitarbeit an der Zeitung boykottiert, und die Frau erhielt die Familie durch Nähen; und diese Situation dauerte jahrelang, bis die Familie sich ohne ein Wort des Vorwurfs zurückzog, etwa mit den Worten: „Macht ihr weiter, wir können nicht mehr“. Ich habe Männer gesehen, die die Schwindsucht hatten und es wußten, und sich doch in Schnee und Nebel umhertrieb, um Versammlungen vorzubereiten; die ein paar Wochen vor ihrem Tode noch in Versammlungen sprachen und erst dann ins Spital gingen, etwa

findenden Versammlungen zu besuchen. Nach der Protokollverlesung erstattete der Kassierer, Kollege Madel, den Kassenbericht über das vierte Quartal 1911, wofür ihm Decharge erteilt wurde. Den Jahresbericht gab der Vorsitzende Kollege Janke. Es fanden im Jahre 1911 eine Generalversammlung, 7 Mitgliederversammlungen und 2 Betriebsversammlungen statt, außerdem 4 Vorstand- und 3 kombinierte Sitzungen. Die Jahreserinnahmen an Beiträgen und Eintrittsgebühren betrugen 473,80 Mk. An die Hauptkasse wurden 339,40 Mk. abgeliefert. Die Ausgaben belaufen sich auf 134,40 Mk. und zwar: Unterstützung an Kranke 56,10 Mk., an Wöchnerinnen 10,— Mk., Extraaufstützung 5,— Mk., Kartellbeitrag 12,50 Mk., Agitationskosten 20,55 Mk., Sitzungsentfchädigungen 22,20 Mk. und Porto 5,95 Mk. Am Schlusse des vierten Quartals waren 13 männliche und 27 weibliche Mitglieder, in Summa 40 Mitglieder vorhanden. Die Zunahme gegen 1910 beträgt 9 Mitglieder. Krank waren 3 männliche Mitglieder 192 Tage- und 19 weibliche 412 Tage. Gestorben ist ein Mitglied. Nachdem Kollege Brzhibila den Kartellbericht erstattet hat, wurde die Versammlung geschlossen.

Darmstadt. Am 10. März fand im Gewerkschaftshaus die diesjährige Generalversammlung statt. Außer den üblichen Punkten stand die Berichterstattung über den Außerordentlichen Verbandstag in Berlin auf der Tagesordnung, zu welchem Kollege Müller-Mainz das Referat übernommen hatte. Nach längerer Diskussion wurde folgende Resolution angenommen:

Die heutige sehr besuchte Generalversammlung der Darmstädter Mitgliedschaft nimmt von dem Referat des Kollegen Müller-Mainz über die Verhandlungen des Außerordentlichen Verbandstages Kenntnis. Die Versammelten erklären ihr volles Einverständnis mit den 25 Delegierten des Verbandstages, die für die Vertrauensresolution gestimmt haben, und bedauern das Verhalten der übrigen 19 Delegierten, das lediglich dazu bestimmt war, eine schwere Schädigung unserer Organisation herbeizuführen. Die Versammelten erklären auch fernerhin, ihr volles Vertrauen dem Zentralvorstand entgegen zu bringen, der durch seine bisherige Tätigkeit bewiesen hat, daß er einzig und allein das Interesse der gesamten Mitgliedschaft vertritt. Die Versammelten appellieren aber auch an diejenigen Mitgliedschaften, deren Delegierten gegen die Vertrauensresolution gestimmt haben, daß sie ebenfalls im Interesse unseres Verbandes dem Zentralvorstand volles Vertrauen entgegen bringen, da nur dadurch ein einheitliches Zusammenarbeiten möglich ist und unsere Organisation vor Schädigungen bewahrt bleibt.

In Anbetracht der vorgeschrittenen Zeit wurde die Generalversammlung auf Montag, den

mit den Worten: „Freunde, mit mir ist's aus; die Nerzte sagen, ich habe nur noch ein paar Wochen zu leben. Sagt den Genossen, ich werde mich freuen, wenn sie mit besuchen kommen“. Ich habe Tatsachen gesehen, wo man von Idealisierung sprechen würde, wenn ich an dieser Stelle davon berichten wollte; und selbst die Namen dieser Männer, die jenseits eines engen Freundeskreises kaum bekannt sind, werden bald vergessen sein, wenn auch die Freunde nicht mehr am Leben sind. In der Tat weiß ich selbst nicht, was am meisten zu bewundern ist: die unbegrenzte Hingebung dieser weniger oder die Gesamtsumme kleiner Akte der Hingebung von seiten der großen Masse.“

„Sie können sich keinen Begriff machen“, so wurde strapotkin von einer Nerztin erzählt, die sich in einem Armenviertel niedergelassen hatte, „wie sehr sie einander helfen. Wenn eine Frau für das Kind, das sie erwartet, nichts in Bereitschaft hat oder nichts haben kann — und wie oft kommt das vor! — dann bringen alle Nachbarinnen etwas für das Neugeborene. Eine Nachbarin sorgt immer für die Kinder, und andere sehen immer schnell nach der Wirtschaft, solange die Mutter zu Bett liegt.“ „Das ist ein allgemeiner Brauch“, sagt Strapotkin hinzu. „Er wird von all denen berichtet, die unter den Armen gelebt haben.“

„Das Bedürfnis nach gegenseitiger Hilfe und Unterstützung, das sich zuletzt in den engen Kreis der Familie oder der Nachbarn in den Mietskasernen, in das Dorf oder den Geheimbund der Arbeiter gesüchtet hatte, richtet sich nun auch in unserer modernen Gesellschaft wieder auf und beansprucht sein Recht, zu sein, was es immer ge-

18. März, vertagt. In derselben gab zuerst der Vorsitzende seinen Jahresbericht in ausführlicher Weise, nochmals die gescheiterten Tarifverhandlungen Revue passieren lassend, um dann der Steinbruderbewegung einige Worte zu widmen. — Am 1. Januar 1911 hatten wir einen Mitgliederbestand von 81, am 31. Dezember 1911 einen solchen von 164 Mitgliedern zu verzeichnen, welchen wir auf das Konto reger Agitation setzen können. Es fanden statt 7 Mitgliederversammlungen, darunter 2 mit Vorträgen, 7 Vorstandssitzungen, 5 Vertrauenspersonensitzungen, 15 Drudereiverammlungen. Die Zentralbibliothek der Gewerkschaften wurde von 11 Mitgliedern in Anspruch genommen. Der Kassenbericht des Kassierers weist eine Gesamteinnahme von 2114,80 Mk. auf. An die Hauptkasse wurden abgeliefert 1105,50 Mk., an Arbeitslosenunterstützung wurden ausbezahlt 221,90 Mk., an Krankenunterstützung 335,10 Mk., an Wöchnerinnenunterstützung 70,— Mk., sonstige Unterstützungen 26,50 Mark. Die Vorstandswahl ergab folgenden Resultat: N. Schäfer, Vorsitzender; A. Schott, Kassierer; S. Luze, Schriftführer; P. Krämer und S. Heiber, Revisoren. Ferner wurde eine Agitationskommission gebildet, bestehend aus den Kollegen Menges, Seibert, Wittmann und Kollegin Bolz. — Ein Tanzkränzchen, das sich der ersten Versammlung anschloß und bei welchem nur Streikmarken verkauft wurden, hatte eine Einnahme von 28,— Mk. zu verzeichnen.

Gronau. Am 6. März referierte Kollege Sparfuß-Hannover in einer gut besuchten Versammlung der Buch- und Steinbruderei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen über den Zweck und Nutzen der Organisation, dabei besonders darauf hinweisend, daß auch die Lage der Kollegen in Gronau sehr verbesserungsbedürftig ist, was aber nur durch eine starke Organisation erreicht werden kann. Nachdem sich noch ein Buch- und ein Steinbruder im Sinne des Referenten ausgesprochen hatten, traten sofort 13 Kollegen und Kolleginnen dem Verbands bei. Am 13. März fand die Fortsetzung der Versammlung statt, in der die Zahlstelle konstituiert wurde. Zum Vorsitzenden wurde Steinbruder Rath gewählt, der sich auch in dankenswerter Weise bereit erklärte, die Geschäfte der jungen Zahlstelle zu führen. Als Kassiererin wurde Kollegin Else Kölle, als Schriftführerin Kollegin Marie Wintel und zu Revisorinnen drei weitere Kolleginnen gewählt. Die neue Zahlstelle Gronau, um deren Gründung sich besonders die Herren Rath und Wischew verdient gemacht haben, zählt jetzt 18 Mitglieder. Wir wünschen dem jüngsten Gliede unseres Verbandes kräftiges Gedeihen und gute Erfolge bei der Vertretung der Interessen unserer Gronauer Kollegen.

Halle a. S. Versammlung am 16. März. Nach Verlesung des Protokolls wurde der Kartell-

wesen ist: der Hauptführer zum weiteren Fortschritt.“

Das Buch Strapotkins ist dem organisierten Arbeiter eine gute Hilfe. Der Gewerkschafter kann ihm wichtige Waffen entnehmen gegen die Indifferenzen, die sich noch von der Unternehmensepresse weiß machen lassen, daß der Starke „am mächtigsten allein“ sei. Und des ferneren zeigt uns das Buch, daß der Kampf nur da angebracht ist, wo er notwendig und unvermeidlich ist, und das ist er immer nur nach außen, gegen das Kapital. Streit verzehrt, Streit ist immer unwirtschaftlich. In der Klasse, in der Organisation darum die solidarische Mitarbeit, die gegenseitige Unterordnung und Hilfeleistung, damit durch den größeren Gesamtgewinn auch der Einzelne gewinnt.

In der Betätigung gegenseitiger Hilfe, so schließen wir mit dem „Anarchisten“ Strapotkin, „die wir bis in die ersten Anfänge der Entwicklung verfolgen können, finden wir den positiven und unzweifelhaften Ursprung unserer Moralvorstellungen; und wir können behaupten, daß in dem ethischen Fortschritt des Menschen der gegenseitige Beistand — nicht gegenseitiger Kampf — den Hauptanteil gehabt hat. In seiner umfassenden Betätigung — auch in unserer Zeit — erblicken wir die beste Bürgschaft für eine noch stolzere Entwicklung des Menschengeschlechts.“

berichtet gegeben. Hieraus ging hervor, daß sich das Kartell auch mit dem neuen Strafgesetzentwurf beschäftigt hat. Es wurde auf den Fall der Firma H. Warnede hingewiesen, wo gegen unsere Kolleginnen, die dort beschäftigt waren, wegen einer ganz geringfügigen Sache ein so großes Aufsehen gemacht und eine solche hohe Strafe beantragt wurde. Unter Verbandsangelegenheiten erstattete die Schiedsgerichtskommission Bericht über die am 15. März verhandelte Klage gegen die Buchdruckerei des Waisenhauses wegen Maßregelung der Vertrauenspersonen. Ueber die Art, wie seit Bestehen unseres Tarifes in kurzer Zeit in diesem Betriebe vier Vertrauenspersonen hinausgebracht wurden, kam es zu einer erregten Debatte. Besonders hervorgehoben wurde, daß Kolleginnen, welche jahrelang stets zur Zufriedenheit gearbeitet hatten, nach Annahme des Vertrauenspostens nicht mehr leistungsfähig waren oder sich sonst nicht mehr ordnungsgemäß in der Arbeit geführt haben sollten. Mit Rücksicht darauf wurde die Ortsverwaltung beauftragt, den Vertrauensposten der Buchdruckerei des Waisenhauses einzuziehen, da man dort keiner Kollegin mehr zumuten könne, unter den jetzigen Verhältnissen das Amt anzunehmen. Auch in vorkommenden Streitfällen soll nur noch die Ortsverwaltung mit der Firma verhandeln. Es wurde bekannt gegeben, daß diese Klage an das Tarifamt geht, um endlich einmal feststellen zu lassen, ob unsere Halleischen Druckerei-Vertrauensleute keinen besseren Schutz genießen sollen als zurzeit. Als Schiedsgerichtskommissionsmitglieder fungieren von den Arbeitgebern die Herren Seiffenmidt, Bide, Schwarz und Karraz; von Seiten der Arbeitnehmer die Kollegen Mar, Stolle, Bretsch und Scheibe. Ferner wurde mitgeteilt, daß am 30. März unser Vergütigen im Volkspark stattfindet. Die Agitation soll lebhafter betrieben werden, wozu eine Kommission gewählt wurde.

Nürnberg-Fürth. Veranlaßt durch den langwierigen Kampf im Steindruck-, sowie durch den Tarifabschluß im Buchdruckgewerbe, Bewegungen, die eine Menge Zeit und Arbeit beanspruchten, konnte die Jahressgeneralversammlung erst am 17. März abgehalten werden. Nach Erledigung der üblichen Mitteilungen erstatteten Stumpf und Redling eingehenden Bericht vom Außerordentlichen Verbandstag. Wenn jemals ein mehr persönlicher als prinzipieller Streit mutwillig provoziert wurde, so geschah dies durch das Verhalten einzelner Funktionäre, die bereits schon das Vorenfeld verteilt hatten. Besonders eigenartig ist noch die Ausrede, daß man in Berlin mit dem materiellen Inhalt des neuen Tarifes zufrieden sei, aber nur die Zuständigkeit des Verbands-Vorstandes zum Abschluß befreit. Wäre für Berlin der Tarif nicht zustande gekommen, dann hätten auch die „Probuzler“ wenig Ausichten zu einem friedlichen Abschluß gehabt, speziell solche Orte, die durch den Kampf im Steindruckgewerbe stark engagiert waren. Von einzelnen der opponierenden Delegierten kann man sagen: „Es tut mir in der Seele weh, daß ich Dich in der Gesellschaft seh.“ Daß von den 20 Tariforten nur 10 prinzipiell vertreten waren, wurde auch dem Verbands-Vorstande zur Last gelegt, als ob er daran schuld sei, wenn in den übrigen Zahlstellen die Prinzipale nicht zur Tarifverneuerung angewungen werden konnten. Die Vorbereitungen zu einem Tarif müssen am Orte selbst geschaffen werden, dann erst, wenn die Prinzipale die Gewißheit haben, daß der Friede gefährdet ist, bequemen sie sich zum Abschluß. Es ist bedauerlich, daß große Zahlstellen noch tariflos sind und die Haltung einzelner Delegierter erinnerte lebhaft an die Geschichte vom Fuchs und den Trauben. Die Besprechung des Kampfes im Steindruckgewerbe bewegte sich im Sinne der auf dem Verbandstag angenommenen Resolution. Ueberraschend wirkte die Meldung, daß der Schutzverband sich zur Tariffremdschaft bekehrt habe. Bei dem gefunden und nur zu berechtigtem Mißtrauen können wir diese Wandlung nicht verstehen und man gedenkt unwillkürlich des klassischen Spruches: „Ich fürchte die Danaer, besonders wenn sie schenken.“ Beim Geschäfts- und Kassenbericht für das 4. Quartal ließ es sich nicht vermeiden, nochmals einen Rückblick auf beide Bewegungen zu werfen und sowohl die agitatorische als auch die geschäftliche Tätigkeit zu besprechen. Besonders schwierig ist die Agitation in den kleinen und kleinsten Buchdruckereien, mit denen wir ziemlich gelegen sind. Auch der Unterschied in den Verhältnissen zwischen Buch- und Steindruck fand eine eingehende Besprechung. Im Steindruck, der zum größten Teil zur Luxusindustrie zählt, wird mit längeren Lieferungsfristen für den Weltmarkt und auf Lager produziert; es ist sehr schwierig, Streikarbeit, die vielfach im Ausland herbeigeholt wurde,

nachzutreiben und zu verhindern. Im Buchdruck, für den hauptsächlich das Inland und der Absatz am Orte in Betracht kommt, kann man bei der heutigen Bücherproduktion, dem entwickelten Zeitungsweisen und dem großen Bedarf von geschäftlichen Drucksachen keine viermonatliche Stilllegung des Gewerbes betragen. Das Ueberwiegen des Klein- und Mittelbetriebes im Buchdruck, der Einfluß der öffentlichen Meinung wirken zugunsten der Arbeiterschaft. Die Entnahmen der Verbandskasse für das 4. Quartal betragen 4237,50 M. Von den Ausgaben sind hervorzuheben: für Arbeitslose 431,70 M., für Kranke 331,90 M., für Wöchnerinnen 140 M. Die Lokalbeiträge ergaben für den gleichen Zeitraum 816,45 M. Durch die großen Anstrengungen, die während des langwierigen Kampfes an die Lokalkasse gestellt wurden, ist deren Bestand wie der Schnee im März geschmolzen. An Streikunterstützung wurden rund 75 000 M. ausbezahlt. Die Neuwahl ergab eine Wiederwahl des ersten Vorsitzenden und der bisherige Schriftführer, an dessen Stelle Kollege Supp gewählt wurde, avancierte zum zweiten Vorsitzenden. Als Beisitzer wurden gewählt Nimke, Bonneberger und Obersteg. In einer Firma, die Buchdruckerei als Nebenbetrieb hat, wurde der Tarif anerkannt und auch für das übrige Personal, das bei uns organisiert ist, Lohnerhöhungen und eine Arbeitszeitverkürzung erreicht. Mit einer Konstanzität stehen wir zurzeit in Tarifverhandlungen, worüber später noch berichtet wird. Zum Schluß wurde noch auf die vom graphischen Kartell einberufenen Versammlungen hingewiesen und zu zahlreichem Besuche aufgefordert.

Dösnabrück-Melle. In der am 23. März abgehaltenen Versammlung, die gut besucht war, wählte zunächst die Wahl eines Vorsitzenden und eines Schriftführers vorgenommen werden. Zu ersterem wurde Kollege Max Steinbacher, zum Schriftführer Kollegin Maria Meier gewählt. Gauleiter Kollege W. Sparthil, welcher anwesend war, schloß die Verhandlungen des Außerordentlichen Verbandstages. Der Referent streifte hierbei die Bedeutung der Tarife. Hierauf wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die heute am 23. März stattfindende Mitgliederversammlung nimmt den Bericht vom Außerordentlichen Verbandstage in Berlin entgegen und erklärt sich mit den dort gefassten Beschlüssen einverstanden. Sie erwartet auch, daß die Berliner Kollegen einsehen, daß es außer ihnen auch kleinere Zahlstellen gibt, die auf bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen warten, welches aber in Frage gestellt wird, wenn sie sich außerhalb der Tarifabmachungen stellen.

Im folgenden Punkte wurde Koll. M. Beschörner als Delegierter zum Gantage gewählt. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten erledigt waren, wurde die Versammlung geschlossen.

Stuttgart. Die Jahressgeneralversammlung am 4. März hat nach der Berichterstattung über den Verbandstag den Jahresbericht des Vorsitzenden entgegengenommen. Das Jahr 1911 war das arbeitsreichste Jahr, welches wir bis jetzt zu verzeichnen hatten. Die Vorarbeiten zur Tarifrevision sowie die Bewegung im Steindruckgewerbe beanspruchten einen gewaltigen Aufwand an Arbeitskraft. Dies gelangt am besten durch folgende Zahlen zum Ausdruck. Es fanden statt: 14 Mitgliederversammlungen, 59 Streikversammlungen, 91 Geschäftsversammlungen, 20 Ausschusssitzungen, 59 Streikkommissions-Sitzungen, 7 Vertrauenspersonensitzungen, 4 Sitzungen des graphischen Kartells, 21 sonstige Sitzungen sowie

4 gerichtliche Vertretungen. In 16 Fällen fanden Unterredungen mit den Geschäftsleitungen statt. Außerdem war der Vorsitzende als Gauleiter an 78 Tagen von Stuttgart zu Versammlungen, Sitzungen und Konferenzen fern. Die Korrespondenz weist 753 Posteingänge und 1452 Ausgänge auf. Festlichkeiten wurden zwei abgehalten. Am 28. Januar der Maskenball und am 24. Juni das Gutenbergfest. Der Kassenbericht, den Kollegin Maurer erstattete, weist eine Jahresbilanz von 13 829,— M. auf. Von den Ausgaben seien erwähnt Arbeitslosenunterstützung 237,90 M., Krankenunterstützung 1239,15 M., Streikunterstützung 4812,70 M., Wöchnerinnenunterstützung 330,— M. Die Lokalkasse weist einen Bestand von 463,02 M. auf. Von der Versammlung wurde die Arbeit der Gesamtverwaltung anerkannt. Die nunmehr vorgenommenen Neuwahlen ergaben die einstimmige Wiederwahl des Vorsitzenden Kollegen Werner sowie der Kassiererin Kollegin Maurer. Als Beisitzer für die Verwaltungen wurden gewählt die Kolleginnen Dietrich und Bubed, sowie die Kollegen Braun, Köppler, Reif, Lederer und Hed. Das Tarifschiedsgericht besteht aus den Kollegen Dietrich, Köppler, Mar und Kollegin Zoos. Organisationsvertreter Kollege Werner. Graphisches Kartell: Dietrich und Werner. Gewerkschaftskartell: Reif, Braun und Werner. Revisoren sind die Kollegen Knauf und Bauckhert. Nach Besprechung einiger interner Angelegenheiten erreichte die schön verlaufene Versammlung ihr Ende.

Adressenveränderungen.

Kugsburg.

Vorsitzender: Fritz Lehmeier, Unterer Hundsbgraben C 236 III.

Kassierer: Georg Barth, Ottostr. 4 a II.

Darmstadt.

Vorsitzender: Rik Schäfer, Bismarckstr. 19.

Kassierer: Karl Schott, Kaufstraße 9.

Der Arbeitsnachweis befindet sich: Ernst Menges, Bismarckstraße.

Dösnabrück-Melle.

Vorsitzender: Max Steinbacher, Dösnabrück, Mellerstr. 76 I.

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere langjährige Kollegin, die Buchdruck-Anlegerin

Frau Marie Korarius

plötzlich und unerwartet verstorben ist.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihr

die Mitglieberschaft Dresden.

Nachruf.

Am Montag morgen starb nach 17wöchentlicher Krankheit unser Mitglied der Kollege

Georg Heidrich

(Firma Hannoverisches Tageblatt)

im Alter von 56 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm

die Ortsverwaltung Hannover.

Orts-Krankenkasse für das Buchdruckgewerbe zu Berlin.

Ordentliche Generalversammlung

am Mittwoch, den 3. April 1912, abends pünktlich 8^{1/2} Uhr
im großen Saale der „Arminhallen“, Kommandantenstraße 58/59.

Tages-Ordnung:

1. Rechnungslegung für das Jahr 1911 durch den Rentanten.
2. Bericht des Rechnungs-Ausschusses bezw. Erteilung der Entlastung.
3. Abänderung des § 10 des Kassenstatuts.
4. Verschiedenes.

Berlin, den 28. März 1912.

Der Vorstand.

J. Blenz, Vorsitzender.

Ottv. Wontzki, Schriftführer.

Beilage zur „Solidarität“

Dr. 13.

Berlin, den 30. März 1912.

18. Jahrgang.

Der diesjährige Frauentag.

Wie im Vorjahre, so soll auch diesmal wieder an einem Sonntage in Deutschland und auch in einigen andern Ländern, in Versammlungen die Forderung auf Gewährung des Frauenwahlrechts erneut erhoben werden. Als Tag für diese Demonstration ist der

12. Mai

festgesetzt worden.

Es wird notwendig sein, daß die Gewerkschaftsmitglieder auch in diesem Jahre rechtzeitig durch geeignete Propaganda mit dazu beitragen, einen Massenbesuch der Versammlungen, namentlich durch Frauen und Mädchen, zustande zu bringen. Nur dadurch kann die Forderung wirksam unterstützt und ihr ein entsprechender Nachdruck verliehen werden.

Die verschiedensten Vorkommnisse des täglichen Lebens zeigen uns immer wieder, welches großes Interesse gerade die erwerbstätigen weiblichen Personen, wie überhaupt die Angehörigen der Arbeiterklasse, an der besseren Gestaltung des Wahlrechts im allgemeinen und an der Gewährung des Frauenwahlrechts haben. Sind doch auch die Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten durch die staatsrechtlich minderwertige Stellung der Frau im öffentlichen Leben von der Wahrnehmung ihrer Interessen in den wirtschaftlichen Sondergerichten ausgeschlossen.

Keine Arbeiterin oder Arbeiterfrau darf deshalb am 12. Mai den Versammlungen fernbleiben. Handelt es sich doch darum, durch energischen Protest gegen die geltenden Gesetzesvorschriften deren Beseitigung und dadurch Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterklasse anzustreben.

Der Kampf um die Rente.

Wie schwer es mitunter hält, im Falle eines erlittenen Unfalles — und namentlich eines tödlich verlaufenen — für die Verletzten und deren Hinterbliebene Rente herauszuholen, möge man an nachstehend aufgeführten drei Entscheidungen ermessen. Im ersteren Falle handelt es sich um einen Verletzten, und während dessen Aufnahme in Heilanstalten um seine Angehörigen; während in den beiden anderen Fällen die Hinterbliebenen tödlich Verunglückter Rente beanspruchten. Was nun die erste Sache anbetrifft, so drehte es sich hier um ein

unzulässiges Wiederaufnahmeverfahren.

Der Arbeiter B. aus Obhausen-Johannis glitt am 2. Februar 1907 mit einem Eimer flüssigen Paraffins aus und schlug mit dem Hinterkopfe auf den mit Eisenplatten belegten Fußboden auf. Er arbeitete zunächst weiter, klagte aber schon nach einigen Tagen über zunehmende Kopfschmerzen und wurde, als bei ihm schließlich Geisteskrankheit ausbrach, zuerst im Bergmannstrost in Halle a. S., dann in die psychiatrische Klinik in Jena und hernach in die Landesheil- und Pflegeanstalt zu Nietleben aufgenommen. Die Sektion IV der Knappschafts-Berufsgenossenschaft gewährte, da nach dem Gutachten der Jenaer Klinik der Zusammenhang der Geistesstörung mit dem Unfälle nicht zweifelhaft war, mit Bescheid vom 25. Juni und 14. September 1907 dem Erkrankten freie Kur und Verpflegung für die Dauer seines Aufenthalts in Jena und Nietleben, sowie der Ehefrau und den beiden ehelichen Kindern die Angehörigenrente. Nachdem diese Bescheide bereits rechtskräftig waren, gab der Direktor der Nietlebener Anstalt sein Gutachten unterm 16. November 1907 dahin ab, daß B. bereits jahrelang vor dem Unfälle geisteskrank gewesen sei und die durch Alkoholisimus herbeigeführte Geistesstörung weder

durch den Unfall hervorgerufen worden, noch ihre Verschlimmerung dadurch wahrscheinlich sei.

Auf Grund dieses Gutachtens hob die Berufsgenossenschaft die Bescheide vom 25. Juni und 14. September 1907 unterm 16. Dezember 1907 auf und wies die Ansprüche des Verletzten und seiner Angehörigen ab. Die hiergegen eingelegte Berufung wies das Schiedsgericht zurück. Auf eingereichten Rekurs hob das Reichsversicherungsamt unterm 22. März 1909 den Bescheid der Berufsgenossenschaft vom 16. Dezember 1907 und die darauf ergangene Schiedsgerichtsentscheidung wieder auf. Die Aufhebung erfolgte deshalb, weil sich das Schiedsgericht über die Zulässigkeit des Wiederaufnahmeverfahrens nicht ausgelassen hatte und, ohne sie geprüft zu haben, in die materielle Prüfung der Sache eingetreten sei. Das Wiederaufnahmeverfahren des Sektionsvorstandes wurde seitens des Reichsversicherungsamts als unzulässig erklärt.

Der Sektionsvorstand war jedoch der Meinung, daß das Wiederaufnahmeverfahren sich doch rechtfertigen ließe und lehnte mittels Bescheides vom 10. Juni 1909 wiederum die Rente ab. Auf eingereichte Berufung verurteilte nunmehr das Schiedsgericht durch Entscheidung vom 14. Dezember 1909 die Berufsgenossenschaft, dem B. und seinen Angehörigen die ihnen durch die Bescheide vom 25. Juni und 14. September 1907 zugesprochenen Entschädigungen zu zahlen. Nachdem diese Entschädigungen bis zum Tage der Entlassung des B. aus der Nietlebener Anstalt — 25. Februar 1908 — gezahlt worden waren, leitete die Berufsgenossenschaft ein neues Ermittlungsverfahren ein, indem sie ein Entlassungsgutachten über B. einforderte. Der Direktor dieser Anstalt hielt an seinem früheren Gutachten, wonach die Geisteskrankheit keine Unfallfolge sei, fest und nunmehr erfolgte nochmals die Ablehnung der Rentenansprüche vom Tage der Entlassung aus der Anstalt zu Nietleben an. Diese Ablehnung war eine durchaus unzulässige, denn nach dem rechtskräftigen Urteile des Schiedsgerichts vom 14. Dezember 1909 konnte kein Zweifel mehr über die Verpflichtung der Berufsgenossenschaft zur ferneren Rentenzahlung bestehen.

Mittels Entscheidung des Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung in Halle a. S. vom 20. Oktober 1911 wurde die Berufsgenossenschaft nun nochmals zur Rentenzahlung an B., und zwar nach der Entlassung aus Nietleben zunächst zu 50 Prozent, dann vom 14. Oktober 1910 zu 20 Prozent verurteilt. Das Schiedsgericht begründete die Verurteilung damit, daß, nachdem auf Grund des Jenaer Gutachtens die Berufsgenossenschaft einmal gezahlt hätte, sie damit die Geisteskrankheit des B. als Unfallfolge anerkannt und zu erkennen gegeben habe, den B. für die Erwerbsbeschränkung durch Geisteskrankheit zu entschädigen. Bei dieser Entscheidung hat sich die Berufsgenossenschaft dann endlich beruhigt.

Verschlimmerung eines Lungenleidens als Unfallfolge.

Der Bergmann J. aus Zscherben zog sich in der Grube dadurch einen Unfall zu, daß er vor einem hereinbrechenden Gebirge flüchten mußte, dabei auf das Gesicht fiel, worauf ihn die niedergehenden Gesteinsmassen bis zu den Armen verschütteten. Trotzdem äußere Verletzungen nach dem Unfall an dem Oberkörper nicht festzustellen waren, nahm das Reichsversicherungsamt unterm 28. November 1911 mit dem behandelnden Arzt an, daß durch den Fall zur Erde und durch das auf ihn stürzende Steingeröll eine erhebliche Erschütterung des ganzen Körpers des Verletzten und insbesondere der Lunge stattgefunden hat, zumal derselbe alsbald nach dem Unfall auch über Schmerzen in der Brust geklagt habe. Der Ver-

letzte versuchte 14 Tage nach dem Unfall seine Grubenarbeit wieder aufzunehmen, aber schon nach einigen Schichten klagte er über Luftmangel, Magen- und Brustbeschwerden, so daß ihm leichtere Arbeit zugewiesen werden mußte. Nach weiteren zwei Wochen mußte er sich von neuem in ärztliche Behandlung begeben und zwei Monate nach dem Unfall verstarb der Verletzte an Tuberkulose. Die Streitfrage war nun die, ob die Tuberkulose mit dem Unfall in ursächlichem Zusammenhang zu bringen war resp. ob durch die Unfallverletzung eine wesentliche Verschlimmerung des tödlichen Ausganges des tuberkulösen Leidens bewirkt worden war. Mit dem einen Obergutachter, Professor Dr. Hoffe-Berlin, ebenso, wie schon erwähnt, mit dem behandelnden Arzte, gelangte das Reichsversicherungsamt zu folgendem Schlusse: „Da eine starke Erschütterung des ganzen Körpers und insbesondere der Lunge, wie sie der Verletzte durch den Unfall erlitten hat, feststeht, diese aber nach allgemein anerkannter ärztlicher Erfahrung geeignet ist, die bereits im Verborgenen vorhandene Tuberkulose zum offenen Ausbruch zu bringen, so muß das Vorliegen eines Betriebsunfalles angenommen werden.“ Um Rentenansprüche, wie im vorliegenden Falle, mit Erfolg geltend machen zu können, dazu ist dringend erforderlich, daß die Verletzten nach erlittenem Unfälle dem Arzte sofort sämtliche Beschwerden, Schmerzen usw. unterbreiten. Dies ist um so notwendiger, als ein im Körper schlummerndes Leiden sehr leicht durch einen Unfall eine zum Tode führende Verschlimmerung erfahren kann.

Selbstmord als Unfallfolge.

Der Hofassessor R. zu Götzen hatte sich am 12. November 1907 im Betriebe der Zuderfabrik zu Gröbers eine Gehirnerschütterung zugezogen. Für die Folgen dieser Verletzung bezog er eine Rente von 75 Prozent. Am 15. November 1909 hat der Verletzte Selbstmord durch Erhängen begangen. Die Witwe führt den Tod ihres Ehemannes auf den Unfall zurück und beantragte die Hinterbliebenenrente. Der Vertrauensarzt der Berufsgenossenschaft verneinte jedoch einen ursächlichen Zusammenhang zwischen dem Unfall und dem Tode. Es konnte nun aber, was sehr wichtig war — nachgewiesen werden, daß der Verstorbene in letzter Zeit ein verstörtes Wesen zur Schau getragen und wirre Redensarten geführt hatte. Die hierfür benannten Zeugen wurden seitens des Schiedsgerichts vernommen, außerdem auf dessen Ersuchen noch ein Gutachten eines Nervenarztes, Privatdozenten Dr. S. in Halle a. S., eingefordert. Auf Grund des ausführlichen und wissenschaftlich begründeten Gutachtens dieses Arztes in Verbindung mit dem Ergebnis der gerichtszeitig angestellten Ermittlungen gelangte das Gericht zu der Ueberzeugung, daß der Verstorbene den Selbstmord nicht bei klarem Bewußtsein, sondern infolge geistiger Unmacht verübt habe. Nach der Art der Verletzung ist die Geisteskrankheit als eine wirkliche Folge des Unfalles zu erachten. Auf eingereichten Rekurs der Berufsgenossenschaft bestätigte das Reichsversicherungsamt unterm 28. Dezember 1911 — also 2½ Monat nach dem Tode — die Entscheidung des Schiedsgerichts und sprach der Witwe endgültig die Rente zu. Vorher hatte das Reichsversicherungsamt noch ein Obergutachten des Professors N. der Heil- und Pflegeanstalt Uchtpfunde eingefordert, welches ebenfalls günstig für die Witwe lautete. Für die Beweisaufnahme war auch noch von Wichtigkeit, daß die Witwe einen Zettel, den der Mann kurz vor Begehen des Selbstmordes geschrieben, aufgehoben und denselben dem Gericht übermitteln konnte. Aus diesem Zettel ging ebenfalls hervor, daß der

Mann nicht mehr klar bei Verstande war. Nach alledem konnte die Berufsgenossenschaft mit ihrer Behauptung nicht durchdringen, der Verstorbene habe nicht an einer organischen Gehirnerkrankung, sondern nur an einer für ihn überwindbaren Willensschwäche gelitten und sei nur dadurch zum Selbstmord gelangt.

Rundschau.

Eine bestreifte Firma zahlt die Alimente für das uneheliche Kind eines Arbeitswilligen. Sie haben es gut, die ehrenwerten Streikbrecher und sind sich ihres Wertes für den Unternehmer wohl bewußt. Er traktiert sie mit Schnaps, Bier, Zigarren usw., sorgt für Unterkunftsräume und bewaffnet sie zum Schutze gegen die Streikenden, er zahlt ihnen einen guten Lohn und verpflichtet sie für mehrere Jahre, wenn sie auch nicht so tüchtige Arbeiter sind wie die Organisierten. Es kommt vor allem darauf an, den ehrlichen Arbeiter mit seinen Forderungen niederzuhalten. Aus welchen Elementen sich nun die sogenannten Arbeitswilligen oft zusammensetzen, wird täglich in der Presse an ungezählten Beispielen gezeigt; es sind nicht selten sehr zweifelhafte Subjekte, die oftmals Dreck am Stecken haben. Macht aber dem Unternehmer nichts, anständige Leute kann man eben nicht zu der Schuftigkeit bewegen, ihren kämpfenden Arbeitsbrüdern in den Rücken zu fallen. Man läßt es sich auch etwas kosten. Das zeigt folgender Fall, den die „Metallarbeiterzeitung“ mitteilen kann. Bei der Firma Th. M. u. Co., Eisengießerei und Maschinenfabrik in Forst in der Lausitz, war ein Schlosser beschäftigt gewesen, der als Vater eines unehelichen Kindes jahrelang sich seinen Verpflichtungen für das Kind gewissenlos entzogen hatte. Der Vormund des Kindes mußte wiederholt zu Lohnpfindungen schreiten, aber der „arbeitswillige“ Schlosser hatte es immer wieder verstanden, sich vor der Zahlungspflicht zu drücken. Der letzte Pfändungs- und Ueberweisungsbeschluss wurde denn auch der betreffenden Firma vom Gericht zugestellt mit der Aufforderung, dem Schlosser A. alles zu pfänden, was den Betrag von wöchentlich 18 M. übersteigt. Die Firma als Drittschuldnerin überlieferte aber den beschlagnahmten Lohnbetrag dem Vormunde nicht und die angestellten Richter des hiesigen Arbeitersekretariats führten zu dem Ergebnis, daß der Schlosser A. bei besagter Firma den „Arbeitswilligen“ spielte und dabei ein wöchentliches Einkommen von 27 M. erzielte. Das Vormundschaftsgericht nahm von dieser Sachlage Kenntnis, worauf der Vormund folgenden originalen Brief von der Firma erhielt:

Forst, den . . . 11.

„Vom Königl. Amtsgericht III in Kiel erhieten wir Ihr Schreiben betreffs der Alimenterfrage F . . . A . . ., dessen Inhalt wir uns bestens bemerkten. Es ist allerdings Tatsache, daß der Schlosser A. seit dem 12. Februar 1910 bis 9. Juli 1910 bei uns tätig war und einen Wochenlohn von 27 M. erhielt. Wir geben wohl zu, daß wir ihn während dieser Zeit mehr auszahlten, als wir laut Pfändungsbeschluss durften. Da uns keineswegs daran gelegen ist, in dieser Angelegenheit mit Ihnen zu prozessieren, sondern diese Sache mit Ihnen außergerichtlich erledigen möchten, erlauben wir uns, Ihnen folgenden Tatbestand zu schildern:

Nachdem bei uns Anfang Februar 1910 ein längerer Streik zum Ausbruch kam, erklärte sich N., bei uns weiter zu arbeiten und so den Streikbrecher zu machen. Wir bewilligten ihm infolgedessen an Lohn 27 M. und mußten wir ihm demnach wöchentlich nach Abzug von Kranken- und Invalidengeld je nach seiner geleisteten Arbeitszeit sechs bis sieben Mark für Alimente in Abzug bringen. Diesen Beschluss konnten wir jedoch vorerst nicht für Alimente abgeben, da zur selben Zeit wir noch einen Pfändungsbeschluss vom hiesigen Magistrat für Steuern in Händen hatten. Wir mußten ihm nun erst diese Steuern in Höhe von 30,42 M., welche vor Alimente gingen, in Abzug bringen. Als wir N. nun den Restbetrag für Alimente in Abzug bringen wollten, erklärte er, daß er unter diesen Umständen seine Arbeit sofort niederlegen würde. Er bemerkte, daß er das Geld nicht zahlen würde, da zurzeit noch ein Verfahren gegen die Dienstaagd J. schwebte, welches ergeben sollte, daß N. nicht Vater des Kindes sei. Da wir nun infolge des Streiks in eine sehr schwierige Lage verwickelt waren, und wir auch keine Arbeitsleute herabkommen konnten, waren wir gezwungen, ihm einen

Restbetrag abzugeben. Der Restbetrag beträgt aber nicht, wie Sie vermuten, 292,15 M., sondern laut unserer Büchern zirka 150 M. Auf Grund vorstehender Mitteilung, welche den reinen Tatsachen entspricht, werden Sie sich in unsere Lage versehen können und würden wir Ihnen für das Müßel 100 M. zahlen, da uns vorkommt, dieses zu schädigen. Hätten wir den vollen Betrag N. in Abzug gebracht, so hätte dieser seine Arbeit sofort verlassen und wären Sie unter diesen Umständen um das Geld gekommen, wie Sie inzwischen wohl auch die Erfahrung gemacht haben werden.

Wir hoffen gerne, daß Sie sich mit unserem Vorschlag einverstanden erklären, zumal wir an und für sich durch den Streik schon erhebliche Verluste erlitten haben. Die Bücher stehen Ihnen bezw. dem hiesigen Gericht zur Einsichtnahme zur Verfügung und können Sie sich überzeugen, daß der Betrag in Wirklichkeit annähernd die Hälfte von 292 M. beträgt.

Ihren gefälligen Nachrichten sehen wir hierüber gerne entgegen und zeichnen in der Erwartung, daß Sie uns diesbezüglich entgegenkommen, hochachtungsvoll (gez.) Th. M. u. Co.“

Selbstverständlich ist die Firma für den vollen Schaden haftbar gemacht worden — Sehr teure Arbeitskräfte die Herren Streikbrecher, aber sie sind auch danach.

Ueber die beiden führenden Bergarbeiterverbände Deutschlands, den freigewerkschaftlichen alten Bergarbeiterverband und den Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter, berichtet die „Soziale Praxis“ nach den soeben erschienenen Jahresberichten für 1911. Angesichts der gegenwärtigen Bewegung unter den Bergarbeitern in den deutschen Grubenbezirken sind einige Zahlen über die Einnahmen, Leistungen und Vermögensbestände der beiden Verbände von Interesse. Die Einnahmen betragen für 1911 bei dem

	Bergarbeiterverband	Christlichen Gewerbeverein
Beiträge	2 289 468,68 M.	1 138 549,75 M.
Einkünfte	16 575,20 „	8 077, — „
Extrabeiträge	46 181,90 „	— „
Streitbeiträge	19 907,75 „	— „
	2 322 089,53 M.	1 146 626,75 M.

Die Einnahmen des alten Verbandes sind gegenüber 1910 um etwa 117 000 M. gestiegen, während die des christlichen Gewerbevereins etwa den gleichen Stand aufwiesen. Ueber den Mitgliederbestand liegen für 1912 bei beiden Verbänden noch keine öffentlichen Angaben vor. Beim christlichen Gewerbeverein, der Ende 1910 82 855 Mitglieder zählte, scheint der Zuwachs, nach der Beitragsannahme für 1910 und 1911 zu urteilen, im letzten Jahre sehr gering gewesen zu sein. Aber auch die Berichte des alten Verbandes für das Reichsarbeitsblatt lassen einen Schluss auf die Zunahme des Mitgliederbestandes nicht zu. Am Schlusse des Jahres 1910 waren 123 437 Mitglieder gemeldet. Einen lehrreichen Einblick in die Tätigkeit der beiden Verbände gewährt eine Gegenüberstellung der Ausgabenposten.

	Verband	Gewerbeverein
Streik- und Gemeindegeltemunterstützung	1 592 321 M.	163 965 M.
Sterbegeld	91 776 „	75 680 „
Arbeitslosenunterstützung	33 023 „	4 355 „
Krankentherapie	851 451 „	214 949 „
Prozesse, Strafen und Rechtschutz	111 283 „	67 532 „
	2 179 791 M.	526 771 M.

Die Ausgaben für Verbandsorgane und Bildungszwecke betragen beim Bergarbeiterverband 136 052 M., beim Gewerbeverein 118 510 M. Die Kampftätigkeit des alten Verbandes überschattet also alles übrige, während die Zurückhaltung des christlichen Gewerbevereins in offenen Auseinandersetzungen mit den Arbeitgebern ebenso scharf ins Auge fällt. Nach einer Berechnung des alten Verbandes hat er selbst in den letzten sechs Jahren 1906—1911 etwa 3,2 Millionen Mark auf die Unterstützung Streikender und Gemeindegelder verwandt, der christliche Gewerbeverein hingegen nur 683 000 M., d. h. wenig mehr als ein Viertel, obwohl er an Mitgliedern nur um ein Drittel hinter dem alten Verband zurückbleibt. Die Zurückhaltung des christlichen Gewerbevereins in der verflochtenen Bergarbeiterbewegung entspricht also im wesentlichen seiner Haltung und Taktik in den letzten Jahren. Es scheint, daß der christliche und der alte Verband unter der wachsenden Konkurrenz der im Ruhrgebiet mit Hochdruck geförderten gelben Werkvereine zu leiden haben.

Gegen das Streikpostenfeste heften auch die frommen Christen, die den Streikbruch im Ruhrgebiet organisierten. Sie schrieben nach Schy

gegen den Terrorismus, der gar nicht vorhanden war. Grimmiter als irgendein Zeichenorgan wüteten die schwarzen Blätter gegen die streikenden Bergleute und forderten zu Gewalttätigkeiten auf. Ihre Bemühungen machten sich ja auch bezahlt. Auf der Gewerkschaft „Edler“ belam jeder, der während der Dauer des Streiks weitergearbeitet, 30 M. Die „Armonia“ in Dortmund verlangte, daß den Streikenden der Aufenthalt auf den zu den Zechen führenden Straßen verboten wurde. Sie schrieb:

„In einigen Revieren patrouillierten die Streikenden und namentlich deren Frauen auf den zu den Zechen führenden Straßen und suchten auf diese Weise die Arbeitswilligen zurückzuführen. In zahlreichen Fällen gestalteten sie das. Es muß dafür gesorgt werden, daß die Straßen und Plätze bei den Zechen von den Streikenden und deren Angehörigen freigehalten werden, sonst ist es den Arbeitswilligen unmöglich gemacht, zur Arbeitsstätte zu kommen. Vielleicht lassen sich zur Not auch Massenquartiere auf den Zechen selbst einrichten. Jedenfalls muß alles getan werden, was möglich ist, um die Arbeitswilligen gegen die Heber zu schützen.“

In ihrem blinden Haß gegen die anderen Organisationen, in ihrer Wut darüber, daß Tausende von christlich-organisierten Arbeitern sich nicht antwortig das Brandmal des Streikbruchs auf die Stirn drücken ließen, verlangten die Schwarzen Hefen für die Arbeiter, unter denen, wenn sie zustande gekommen wären, zweifellos auch christlich-organisierte Arbeiter oft zu finden gehabt hätten.

Unregelmäßigkeiten bei einer von den Christen beherrschten Kasse. Bei der Ortskrankenkasse Bochum haben eine Reihe von Unregelmäßigkeiten in der Geschäftsführung zur Amtsenthebung geführt. Der Geschäftsführer ist beurlaubt worden. Die Arbeitnehmer im Vorstand dieser Kasse sind sämtlich Mitglieder der christlichen Gewerkschaften. Zu ihrer Entschuldigung bemerken sie jetzt in verschiedenen Notizen, die in der Tagespresse veröffentlicht sind, es wäre ihnen trotz aller Bemühungen nicht gelungen, die notwendige Einwirkung auf die Geschäftsführung der Kasse zu erlangen. Eine recht sonderbare Ausrede! Sie beweisen aber dadurch, daß sie allesamt ihres Postens nicht gewachsen waren.

Eingegangene Druckschriften.

Die Jahre der Geschlechtsreife von Dr. Popitz, Heft 28 der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek. Die geschlechtliche Entwicklung bedingt die gewaltigste Umwälzung im jungen Menschen, an die Stelle des bis dahin langjam, aber stetig fortschreitenden Wachstums des Körpers und seiner Organe tritt eine fast ruckweise einsetzende Vergrößerung, Verbreiterung und Vertiefung der Gestalt; Stamm und Extremitäten, Herz und Gefäße, Lungen und Kehlkopf, Hirn und Sinnesorgane erfahren bei beiden Geschlechtern so eingehende Veränderungen, daß das Individuum leicht in Gefahr gerät, darüber das Gleichgewicht, das körperliche und seelische Gleichgewicht, zu verlieren. Mit dem befehligen Dasein des Kindes, mit der Befangenheit von Adam und Eva, bevor sie vom Baum der Erkenntnis genächt haben, ist es vorbei, das Geschlechtsleben erwacht mit seinem Wechsel von Lust und Leid, „himmelhoch jauchzend, zu Tode betrübt“. Dieser Zeit der Geschlechtsreife, die so überaus leicht zu Gesundheitsstörungen Anlaß gibt, besonders wenn nicht von seiten der Umgebung (Haus und Schule) bezzeiten vorgebeut und den Gefahren begegnet wird, dieser Zeit der Weisheit und bequemen Lungenerkrankungen, der Neurasthenie und Hysterie, der Onanie und anderen verwerflichen Neigungen ein besonderes Heft der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek zu widmen, ist gewiß berechtigt. Die vorliegende mit reicher Kenntnis und Liebe geschriebene Arbeit des Leipziger Arztes, die nach einleitenden Kapiteln über die Physiologie und Pathologie der Entwicklungsjahre in ausführlicher und ungeheurer Weise die geschlechtliche Entwicklung und deren Erziehungsmaßnahmen behandelt, darf des Interesses unserer Arbeiterväter und -Mütter sicher sein und so mancher jugendliche Leser der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek wird daraus reichen Gewinn und reiche Belehrung davontreten. Zu beziehen zum Preise von 20 Pf. — in guter Ausgabe 50 Pf. — durch alle Parteilbuchhandlungen und Expeditionen sowie direkt vom Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & m. b. S., Berlin SW. 68.